

## ***Menschenhandel am Balkan – ist der Stabilitätspakt die Lösung?***

am Podium:

Helga Konrad, Koordinatorin für Maßnahmen gegen Menschenhandel im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und Vorsitzende der Anti-Trafficking Force in der OSZE mit Schwerpunkt Balkan,

Lidija Topic, ehemalige stellvertretende Ministerin für Europäische Integration und Koordinatorin für Aktivitäten gegen Menschenhandel in Bosnien-Herzegowina, designierte Botschafterin Bosnien-Herzegowinas in Jugoslawien,

Einleitung: Franz Vranitzky, Präsident des Bruno Kreisky Forums,

Moderation: Albin Dearing, Leiter der Legistikabteilung des Bundesministeriums für Inneres.

8. März 2001

Thema des Abends war, in welcher Weise der Stabilitätspakt zur Lösung des Problems des Menschenhandels beitragen kann. In seiner Einleitung zur Diskussion meinte Albin Dearing, dass rasche Rezepte gegen Menschenhandel nicht zu finden seien, weil es sich um ein sehr komplexes Phänomen handle, das zahlreiche Aspekte – von Arbeitsmigration über organisiertes Verbrechen bis hin zu Menschenrechtsverletzungen – einschlieÙe.

In der Folge berichtete Helga Konrad von der Task Force gegen den Frauenhandel am Balkan, der sie im Rahmen des Stabilitätspakts als Leiterin vorsteht. Sie begann mit einem Rückblick auf die Ziele des Stabilitätspaktes, als deren vordringlichste sie dauerhaften Frieden, Stabilität und Demokratie in den Balkanländern nannte. Es ginge, sagte Konrad, darum, die Länder Südosteuropas bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, möglichst schnell die EU Aufnahmekriterien zu erfüllen. Dabei ginge es auch um eine Neuorientierung in Richtung Demokratie und Verbesserung der Menschenrechtssituation. In dem Sinn sei der Stabilitätspakt ein politischer Motor. Eine hohe Hürde für die Realisierung dieser Pläne, so Konrad, werde die von den Balkanländern verlangte nachbarliche und regionale Zusammenarbeit sein. Diese sei auch für die Bekämpfung des Menschenhandels von zentraler Bedeutung. Die Kriminalität habe, so Konrad, als Folge der wirtschaftlich und politisch instabilen Situation in vielen Balkanländern erschreckenden Dimensionen angenommen. Der Menschenhandel, wiewohl als Phänomen keineswegs neu, sagte Konrad, habe vor diesem Hintergrund stark zugenommen. Die wirtschaftlich prekäre Lage der Balkanländer, erläuterte Konrad, dränge vor allem Frauen – die häufigsten Opfer von

Menschenhändlern – aus dem Arbeitsmarkt. Das Risiko für die Menschenhändler sei gering, die Profite enorm. Das Profitpotential bewege sich, so Konrad, zwischen geschätzten 7 und 12 Billionen Dollar. Laut Schätzungen seien weltweit 700.000 bis 2 Millionen – vor allem – Frauen und Kinder vom Menschenhandel betroffen.

Konrad berichtete, dass die Task Force derzeit mit dem Erstellen und Sammeln von Datenmaterial zum Thema Menschenhandel befasst sei. Man wisse, dass viele Frauen in der Hoffnung auf Arbeit Opfer von Menschenhändlern werden. Diese zwingen die Frauen in Prostitution oder Zwangsarbeit.

Laut einer UNICEF-Studie sind die Länder Südosteuropas sowohl Ursprungs-, als auch Transit- und Destinationsländer für den Menschenhandel, der in erster Linie Frauenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung ist. Menschenhandel, so Konrad, sei außerdem ein neues, sehr belebendes Geschäftsfeld für das organisierte Verbrechen. Er habe sich zu einer veritablen Industrie entwickelt, in die Aufreißer, Dokumentenfälscher, Bordellbesitzer, Beschäftigungsagenturen etc. involviert sind. Darüber hinaus, so Konrad, sei er außerdem mit anderen kriminellen Aktivitäten wie Erpressung, Geldwäsche, Bestechung und Drogenmissbrauch verknüpft.

Konrad kritisierte, dass es die Tendenz gäbe, den transnationalen Charakter des Menschenhandels zu übersehen. Staatliche Behörden würden außerdem sehr oft die Opfer verfolgen anstatt ihre Rechte zu schützen. Häufig würde ihnen der Zugang zu Gesundheitsvorsorge, das Grundrecht auf Beratung oder das Recht auf einen Übersetzer verweigert.

Allerdings bestätigte Helga Konrad ebenso wie Lidija Topic, dass in letzter Zeit von einigen Ländern der Region der politische Wille geäußert wurde, sich des Problems Menschenhandel anzunehmen. Im Dezember 2000 haben in Palermo 12 Länder Südosteuropas eine Anti-Menschenhandelserklärung unterschrieben, in der sie das Problem als zentral anerkennen. Wirksame Maßnahmen dagegen, so Konrad, erforderten einen koordinierten, interdisziplinären Zugang auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Lidija Topic, erste Botschafterin Bosnien-Herzegowinas in Belgrad, berichtete von den Erfahrungen in ihrem Land. Als Ministerin für Europäische Integration habe sie 2000 unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspakts eine eigene Task Force gegen Menschenhandel ins Leben gerufen. Deren Aufgabe sei es, einen Aktionsplan für Bosnien-Herzegowina zu erstellen. Die Task Force setze sich, so berichtete Topic, aus Vertretern des Staates, der Justiz, der Polizei, von NGOs und internationalen

Organisationen zusammen. Derzeit arbeite sie u.a. daran, die bestehende Gesetzeslage dahingehend zu verbessern, dass Menschenhandel unter Strafe gestellt wird. Es gebe zur Zeit noch keinen Tatbestand des Frauenhandels. Es gehe auch darum, das öffentliche Bewusstsein für das Problem zu erhöhen. Darüber hinaus bestätigte, dass Menschenhandel nur dann effizient bekämpft werden könne, wenn länderübergreifend agiert würde.

In der Diskussion schnitt Albin Dearing das Thema Prävention an. Er betonte, dass die Strafverfolgungsbehörden dazu der Unterstützung der Zivilgesellschaft bedürften. Besonders die Zusammenarbeit mit NGOs sei von besonderer Bedeutung, weil diese sehr viel leichter das Vertrauen der Opfer gewinnen könnten als die Behörden. Abschließend meinte Lidija Topic, dass Menschenhandel ein Parameter für die Art und Weise sei, in der Gesellschaften funktionieren. Im Zeitalter der Globalisierung, so Topic, sei das organisierte Verbrechen durch die verbesserten Kommunikationswege im Vorteil. Man müsse aber versuchen aufzuholen.